

Juli 2022

Länderbericht

Multilateraler Dialog Genf

Genfer Großwetterlage

**Entwicklungen in den Genfer Internationalen Organisationen
Mitte April bis Mitte Juli 2022**

Olaf Wientzek, Sarah Ultes, Cedric Amon, Rosa Seidler

Die „Genfer Großwetterlage“ wirft in unregelmäßigen Abständen einen Blick auf ausgewählte Entwicklungen der in Genf ansässigen internationalen Organisationen.

Die Folgen der russischen Invasion in die Ukraine blieben in den vergangenen Monaten zentrales Thema im multilateralen Genf. Trotz der geopolitischen Spannungen bewiesen mehrere multilaterale Foren ihre Handlungsfähigkeit. Sorgen bereiten die sekundären Folgen des Konflikts für Nahrungsmittelsicherheit weltweit und die fehlenden Mittel für andere humanitäre Notlagen. Zunehmend ist bei vielen nicht-europäischen Staaten eine „Ukraine-Müdigkeit“ festzustellen. Im Menschenrechtsrat sorgte die Diskussion rund um die China-Reise der UN-Menschenrechtskommissarin Michelle Bachelet für Wirbel. In der WHO steht eine wichtige Etappe bei den Diskussionen zu einem etwaigen Pandemievertrag an.

Menschenrechtsrat

34. Sondersitzung zur Lage in der Ukraine

Auf Betreiben der Ukraine und mit Unterstützung der gerade benötigten Mindestzahl von 16 Ratsmitgliedern¹ wurde am 12. Mai eine Sondersitzung zur Lage in der Ukraine abgehalten, bei welcher u.a. die auf der 49. Regulären Sitzung eingerichtete Untersuchungsmission von ihrer Arbeit berichtete. Der von der Ukraine eingebrachte Resolutionsentwurf stärkt ihr Mandat und fordert sie u.a. auf, sich genauer mit den Ereignissen in den Regionen Kiew, Tschernihiw, Charkiw und Sumy zu

befassen.² Neben zwölf Enthaltungen stimmten lediglich China und Eritrea dagegen. Zahlreiche Delegationen forderten zudem eine verstärkte Rechenschaftspflicht und äußerten sich besorgt zu den globalen Auswirkungen des Krieges auf Nahrungsmittel- und Energiesicherheit. Russland boykottierte die Sitzung.

China-Reise der UN-Hochkommissarin, Bericht zu Xinjiang

Nach Jahren der Vorbereitung reiste die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet, vom 23. - 28. Mai als erste Hochkommissarin nach 17 Jahren nach China. Hierbei traf sie mit hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern von Behörden auf nationaler und lokaler Ebene, Wirtschaft und Wissenschaft und NGOs sowie mit Außenminister Wang Yi und virtuell mit Präsident Xi Jinping zusammen. In ihrem mit Spannung erwarteten Abschlussstatement³ griff sie jedoch größtenteils auf chinesisches Framing zurück, lobte Chinas "enorme Erfolge" im Bereich ökonomischer und sozialer Rechte und unterstrich, dass die Regierung ihr zugesichert habe, dass das System der von China sogenannten "Berufsbildungs- und Ausbildungszentren" abgeschafft wurde. Während einige Staaten, u.a. die USA und Deutschland sowie NGOs ihre Enttäuschung ausdrückten und zum Teil massive Kritik äußerten,

¹ [Hier](#) ist eine grafische Darstellung verfügbar und [hier](#) die gesamte Sitzung.

² Die Resolution ist [hier](#) und das Abstimmungsergebnis [hier](#) sowie im [HRC Extranet](#) einsehbar.

³ Bachelets Statement findet sich [hier](#), die Pressekonferenz [hier](#).

lobte China den Besuch ausdrücklich.⁴ Etabliert werden soll ein jährliches strategisches Treffen auf höchster Ebene sowie eine Arbeitsgruppe zur Erleichterung der Zusammenarbeit zwischen China und dem UN-Hochkommissariat (OHCHR), welche sich in Peking, Genf und online treffen soll. 42 Vertreterinnen und Vertreter der Sonderversfahren empfahlen kurz darauf eine Sondersitzung zu China abzuhalten sowie ein neues Mandat einzurichten und unterstrichen, wie dringlich eine transparente Kooperation mit der *Gesamtheit* des UN-Menschenrechtssystems sei, um die Lage im Land, v.a. auch in Xinjiang, Tibet und Hongkong vollständig bewerten zu können.⁵

50. Ratssitzung, keine zweite Amtszeit für Bachelet

Die Kritik an Bachelets China-Reise war auch Thema zu Beginn der vom 13. Juni bis 8. Juli abgehaltenen 50. regulären Ratssitzung. Bachelet bemühte sich, einige Kritikpunkte zu adressieren und überraschte am Ende ihrer Rede mit der Ankündigung, keine zweite Amtszeit mehr anstreben zu wollen. Dies stünde in keinem Zusammenhang mit ihrer Reise, sondern habe ausschließlich private Gründe. Einige Beobachter ziehen ein sehr kritisches Fazit ihrer Amtszeit und werfen ihr vor, durch ihre Schwerpunktsetzung im Rat immer wieder Chinas Narrative bedient zu haben.⁶

Potentielle Kandidatinnen und Kandidaten für ihre Nachfolge wurden bisher noch nicht öffentlich. Die Tatsache, dass die Osteuropagruppe als einzige Regionalgruppe bislang noch keinen Hochkommissar gestellt hat, spricht für eine Kandidatin oder einen Kandidaten aus ihrer Mitte – einen Automatismus gibt es nicht. Dem UN-Generalsekretär fällt die Benennung und der UN-Generalversammlung die Bestätigung zu. Bemerkenswert: Bachelet kündigte an, dass der Bericht zu Xinjiang, dessen Veröffentlichung seit vielen Monaten gefordert wird, noch vor Ende ihrer Amtszeit, d.h. bis spätestens Ende August 2022 erscheinen soll, nachdem er mit Aktualisierungen nochmals Pe-

king zugegangen sein wird. 46 Staaten hatten erneut dessen baldige Veröffentlichung angemahnt, wobei Kuba im Namen von 69 Staaten China umgehend verteidigte.⁷

Neben China war auch die Rolle **Russlands** nach seinem offiziellen Ausscheiden als Vollmitglied mit Spannung erwartet worden. Anders als von internationalen NGOs und russischer Zivilgesellschaft gefordert, konnte kein Sonderberichterstatteur zu Russland eingerichtet werden.⁸ Im Zuge von gemeinsamen Stellungnahmen wurde Russland jedoch mehrfach verurteilt, u.a. von 54 Staaten aufgrund der sich zuspitzenden Nahrungsmittelkrise. 47 Staaten forderten die Hochkommissarin auf, weiter über die Situation zu berichten.⁹

Insgesamt gestaltete sich das Abstimmungsverhalten konsensualer als in den vergangenen Sitzungen: von 23 Resolutionen wurden erstaunliche 75% im Konsens angenommen. Dafür kam nahezu die Hälfte aller Änderungsvorschläge von Russland. Drei Viertel von ihnen wandten sich gegen das Hauptthema der Sitzung: **Gender**. Dies wurde mit insgesamt sieben Resolutionen, u.a. zu Gewalt, Diskriminierung, Genitalverstümmelung, Repräsentation in der Justiz, sexueller Orientierung (hier konnte das u.a. bei den Staaten der Organisation für islamische Zusammenarbeit (OIZ), sehr umstrittene Mandat des unabhängigen Experten verlängert werden) oder zur Lage in Afghanistan adressiert. Auf einer Dringlichkeitsdebatte berichtete u.a. erstmals UN-Sonderberichterstatteur Bennett von weltweit beispielloser Misogynie. Die Resolution ruft die Taliban zwar auf, ihre Restriktionen aufzuheben, nimmt aber zentrale Forderungen afghanischer Frauen – z.B. einen robusteren Mechanismus zur Klärung von Verantwortlichkeiten einzurichten – nicht auf. Weitere Resolutionen gab es u.a. zu Syrien, Myanmar, Belarus (Mandatsverlängerung der Sonderberichterstatteurin Anaïs Marin), Sudan, Libyen, Eritrea, mehrere zu zivilen

⁴ Die Stellungnahme der USA findet sich [hier](#), der von Deutschland [hier](#), die Aussagen von NGO-Vertreterinnen und Vertreter [hier](#) und von China u.a. [hier](#).

⁵ Die Stellungnahme findet sich [hier](#).

⁶ Rücktrittsforderungen von NGOs [hier](#).

⁷ Eine grafische Darstellung der gemeinsamen Stellungnahmen finden sich [hier](#).

⁸ Ein entsprechender Brief von NGOs ist [hier](#) einsehbar.

⁹ Das von der EU verlesene Statement findet sich [hier](#) und [hier](#), eine grafische Darstellung [hier](#).

und politischen Rechten, zum Zugang zu Impfstoffen sowie zum **Klimawandel**.¹⁰ In diesem Kontext sprach erstmals auch der neue Sonderberichterstatter zu den Auswirkungen des Klimawandels auf Menschenrechte, Ian Fry, und legte seine Prioritäten dar.¹¹ Der in Genf ansässige Zwischenstaatliche Ausschuss für Klimaänderungen (IPCC) hatte erst im April in seinem Bericht ein düsteres Bild gezeichnet. Millionen von Menschen seien in Gefahr, werden Treibhausgasemissionen nicht sofort und sektorenübergreifend signifikant, d.h. mindestens um 43% (im Vergleich zu 2019), bis zum Jahr 2030 reduziert.¹²

Internationale Arbeitskonferenz – Annahme von neuem Grundprinzip / Kritik an China und Belarus

Bei der 110. Internationalen Arbeitskonferenz (IAK) vom 27. Mai – 11. Juni einigten sich Mitgliedstaaten und Sozialpartner auf die Aufnahme des Grundsatzes eines „gesunden und sicheren Arbeitsumfelds“ als fünftes Grundprinzip der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).¹³ Deutschland und die EU hatte sich für diesen Schritt eingesetzt. Mithin kann der scheidende ILO-Generaldirektor Guy Ryder bei seiner letzten IAK noch einen Erfolg verbuchen. Die fünf ILO-Grundprinzipien spiegeln sich in ILO-Übereinkommen wieder. Mit Blick auf das neue Grundprinzip wurden die Übereinkommen 155 (Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz) und 187 (Förderungsrahmen für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz) als grundlegend bestimmt. Im Vorfeld war die Zuordnung des Übereinkommens 155 umstritten, da es als sehr weitreichend gilt und in der Umsetzung einige Länder überfordern könnte. Die letztlich erfolgte Aufnahme wird von einigen Beobachtern als weiterer Beleg für den derzeit recht gewerkschaftsnahen Kurs der ILO gewertet. Konkret bedeutet die Verabschiedung eines neuen Grundprinzips, dass alle ILO-Mitgliedstaaten sich zu dessen Beachtung und Förderung verpflichten,

unabhängig davon, ob sie die dafür grundlegenden Übereinkommen ratifiziert haben. Gleichzeitig wird der Druck zunehmen, die entsprechenden Übereinkommen zu ratifizieren. Deutschland hat – wie alle anderen G7-Staaten – das Übereinkommen 155 nicht ratifiziert (Beobachter rechnen damit, dass dies bald erfolgen könnte), die Schweiz sogar keines der beiden Übereinkommen.¹⁴

Wie bei jeder IAK werden im Normenanwendungsausschuss u.a. schwere Fälle zur (Nicht-)Anwendung von ILO-Standards diskutiert. Bereits Monate zuvor hatte für Aufsehen gesorgt, dass erstmals Chinas Umgang mit den Uiguren aufgrund von Defiziten bei der Umsetzung des Übereinkommens Nr. 111 („Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf“) auf der Tagesordnung stehen würde. Der Ausschuss forderte ein Ende aller Formen der Diskriminierung und Rücknahme, bzw. Abänderung aller entsprechenden Gesetze. Zudem soll China bis September einen Bericht über die Anwendung des Übereinkommens in Gesetz und Praxis vorlegen.¹⁵ China lehnte die Forderungen ab und lud die ILO ein, sich ein „richtiges“ Bild vor Ort zu machen. Es ist davon auszugehen, dass das Thema auch bei künftigen IAKs diskutiert wird.

Harsche Kritik musste sich (erneut) Belarus anhören. So kritisierte die IAK die Unterdrückung von Gewerkschaftsaktivitäten sowie die systematische Zerstörung unabhängiger Gewerkschaften. Zudem wird die Freilassung aller inhaftierten Gewerkschaftsvertreter und -vertreterinnen gefordert, darunter mit Aliaksandr Yarashuk einem stellvertretenden Mitglied des ILO-Verwaltungsrates (!). Für die nächste IAK ist mit der Vorbereitung weitergehender Maßnahmen zu rechnen.

Auch der Angriff Russlands auf die Ukraine wurde in Ausschussdiskussionen durch die EU und andere „westliche“ Verbündete aufgegriffen. Bis zur Sitzung des ILO-Verwaltungsrats im November sollen konkrete Pläne für die Verlegungen des ILO-Regionalbüros in Moskau vorgelegt werden.¹⁶

¹⁰ Alle Resolutionen und Abstimmungen können im [Extranet](#) eingesehen werden. Eine grafische Darstellung ausgewählter Abstimmungen und Stellungnahmen findet sich [hier](#).

¹¹ Mehr Informationen [hier](#).

¹² Mehr Informationen finden sich [hier](#).

¹³ Die weiteren Grundprinzipien und zugehörigen Kernarbeitsnormen finden sich [hier](#).

¹⁴ 74 Länder haben das Übereinkommen 155, 56 Länder das Übereinkommen 187 [ratifiziert](#).

¹⁵ Die Schlussfolgerungen des Ausschusses zu China und anderen Ländern finden sich [hier](#).

¹⁶ Siehe [Genfer Großwetterlage April 2022](#)

Lugano-Konferenz zur Ukraine – Leitlinien für den Wiederaufbau

Bereits vor dem Ausbruch des Ukrainekriegs war die fünfte Runde der Ukraine-Reformkonferenz in Lugano geplant. Angesichts der durch die Invasion Russlands veränderten Vorzeichen sollte das Treffen am 4./5. Juli ein Startsignal für den politischen Prozess zum Wiederaufbau des Landes nach dem Krieg werden. Insgesamt nahmen 58 internationale Delegationen (darunter 42 Staaten und 16 internationale Organisationen) teil.

Schon Monate zuvor wurde betont, dass es sich nicht um eine Geberkonferenz, sondern eine Wiederaufbaukonferenz handeln würde (was hier und da mit Blick auf den Zeitpunkt Kritik hervorrief), wengleich am Rande einige Länder eine Erhöhung ihrer Hilfen in Aussicht stellten, so auch die gastgebende Schweiz. Das eigentliche Ziel: Bereits zu einem frühen Zeitpunkt Leitlinien und Prioritäten für den Wiederaufbau der Ukraine zu definieren. So enthält die von 41 Staaten und fünf internationalen Organisationen mitgetragene Erklärung neben einem Bekenntnis zur Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine und einer Verurteilung der russischen Aggression sieben Leitprinzipien, nach denen der Wiederaufbau erfolgen soll: ehrgeizige Reformen, das Prinzip der Eigenverantwortung, demokratische Mitwirkung der Bevölkerung, Ausrichtung nach den Nachhaltigkeitsprinzipien der Agenda 2030 und dem Pariser Klimaübereinkommen.¹⁷ Auffällig: die Mehrzahl der internationalen Organisationen verzichtete auf die Unterzeichnung der Erklärung. Grund war die Rücksichtnahme auf die Mitgliedschaft Russlands in diesen Gremien.

Ein vom ukrainischen Ministerpräsidenten Denys Shmyhal vorgelegter Entwurf geht von einem Finanzbedarf von 750 Mrd. US-Dollar aus. Der Forderung der Ukraine, eingefrorene russische Vermögen für den Wiederaufbau zu nutzen, wurde (vorerst) nicht entsprochen. Eine Folgekonferenz ist für 2023 im Vereinigten Königreich geplant.

Schrumpfender humanitärer Spielraum weltweit

COVID-19, die Klimakrise, Kriege und Konflikte setzen das humanitäre System derzeit unter immensen Druck. Bereits im Vorjahr waren mit bis zu 828 Mio. Menschen nahezu 10,5% der Weltbevölkerung von Hunger betroffen.¹⁸ Die vom UN-Generalsekretär eingerichtete sog. "Global Crisis Response Group", bei welcher sich auch Genfer Organisationen wie die ILO oder UNCTAD beteiligen, hatte bereits im April vor den katastrophalen Auswirkungen des Ukrainekriegs auf die weltweite humanitäre Lage gewarnt. Jüngste Zahlen bestätigen dies: über 71 Mio. Menschen sind durch die Auswirkungen des Kriegs in extreme Armut gerutscht.¹⁹ Durch die multiple Krise gestiegener Nahrungsmittel-, Dünger- und Energiepreise drohe die bisher größte Lebenshaltungskrise des 21. Jahrhundert. Bis zu 1,7 Mrd. Menschen seien akut von einem der drei Bereiche (Nahrungsmittel, Energie, Finanzen) betroffen; 1,2 Mrd. Menschen von allen drei Dimensionen gleichzeitig.²⁰ Auch politische Unruhen seien wahrscheinlich.

Finanziell sehen sich humanitäre Organisationen einem immer kleiner werdenden Spielraum und massiver Unterfinanzierung für Krisen jenseits der Ukraine konfrontiert. Während bis zu 84% der benötigten Gelder für die Ukraine beim Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) bereits eingingen, sind es für Afghanistan nur 38% und für den Jemen nur 27%.²¹

Flucht und Migration

Am 16. Juni legte das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) seinen neuen Jahresbericht vor,²² welcher bis Jahresende 2021 89,3 Mio. Vertriebene ausweist. Im Zuge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine wurde jedoch innerhalb von nur wenigen Wochen bereits die 100 Mio. Schwelle überschritten. Der Ukrainekrieg gilt damit als größte Vertreibungskrise seit dem Zwei-

¹⁷ Die gesamte Erklärung ist [hier](#) einsehbar.

¹⁸ Zahlen u.a. im [Global Report on Food Crises 2022](#).

¹⁹ Zahlen zur Lebenshaltungskrise finden sich [hier](#).

²⁰ Schätzungen der Weltbank [hier](#).

²¹ Die aktuellen Zahlen zur Ukraine finden sich [hier](#), zu Afghanistan [hier](#) und zum Jemen [hier](#).

²² Der Jahresbericht ist [hier](#) einsehbar, eine Kurzzusammenfassung der KAS Genf [hier](#).

ten Weltkrieg und als die am schnellsten anwachsende weltweit.²³ Vor allem die Nahrungsmittelunsicherheit, steigende Inflation und hohen Energiepreise beschleunigten, ähnlich wie die Klimakrise.²⁴, derzeit weltweite Trends weiter, so UN-Hochkommissar Filippo Grandi.

Entsprechend stieg auch der Mittelbedarf des UNHCR stark an. Gelder für die Ukraine müssten zusätzlich eingehen und nicht von anderen Krisen abgezogen werden, so der Hochkommissar. Während die Ukraine zu 76% finanziell gedeckt ist, bleiben andere Ländersituationen massiv unterfinanziert. Insgesamt besteht eine Finanzierungslücke von 64%, bzw. 6.8 Mrd. US-Dollar.²⁵ Sehr positiv hob Grandi hingegen den Umgang mit ukrainischen Flüchtlingen hervor. Lehren hieraus sollten entsprechend auch auf andere Krisen übertragen werden.

WTO – Patentschutzdebatte 2.0

Nachdem die 12. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) am 17. Juni das sog. 'Geneva Package' verabschiedete, sprachen viele Beobachter von einem wichtigen Signal für den Multilateralismus und die Bedeutung der WTO.²⁶ Allerdings handelt es sich eher um eine Verschnaufpause als einen Befreiungsschlag, denn viele der erzielten Einigungen sind befristet. Mithin sind die nächsten Konflikte bereits vorprogrammiert, z.B. bei der viel diskutierten Freigabe von Impfstoffpatenten («TRIPS-Waiver»). So drängen einige Länder (v.a. Indien & Südafrika) darauf, dass auch Therapeutika und Diagnostika ebenfalls unter die Ausnahmeregelung fallen sollten. Aktuell bezieht sich der mühevoll errungene Kompromiss des «begrenzten TRIPS-Waivers» lediglich auf die temporäre Aussetzung von geistigen Eigentumsrechten für die Herstellung von COVID-19-Vakzinen sowie auf die dafür notwendigen Zutaten. Die Gespräche dazu wurden bereits am 7. Juli wiederaufgenommen. Einige Mitglieder rund um die USA, China, die EU und der Schweiz stellten außerdem

einen Vorschlag zur Lizenzierung von geistigem Eigentum vor. Dieser soll es Eigentümern ermöglichen, geistiges Eigentum für eine begrenzte Zeit zu verkaufen. Der Vorstoß wurde insgesamt positiv aufgenommen.

Globale Gesundheit

Wichtige Etappe für Pandemievertrag steht an

Der Monat Juli könnte aus mehreren Gründen entscheidend für die Entstehung des Pandemievertrags sein: Die Mitgliedstaaten der WHO werden nicht nur zur Rechtsverbindlichkeit eines solchen Instruments, sondern auch zu seiner allgemeinen Ausrichtung diskutieren. In der Woche vom 18. Juli wird das zwischenstaatliche Verhandlungsgremium für den Entwurf und die Aushandlung eines WHO-Übereinkommens, einer Vereinbarung oder eines anderen internationalen Instruments zur Pandemieprävention, -vorsorge und -reaktion (kurz "INB") zu einer zweiten öffentlichen Sitzung zusammenkommen, um a) den vorliegenden Vertrages-Entwurfs und b) die Rechtsgrundlage für das neue Instrument zu erörtern.²⁷

Mehrere Artikel in der WHO-Verfassung könnten als rechtliche Grundlage für ein solches Instrument dienen, mit jeweils unterschiedlichen Kriterien, Verfahren, Geltungsbereichen und unterschiedlich rechtsverbindlichem Charakter. Konkret wären dies:²⁸

- Art. 19, für Konventionen oder Abkommen;
- Art. 21, für Verordnungen; und
- Art. 23, für Empfehlungen.

Die Mitgliedstaaten haben unterschiedliche Präferenzen: Während die EU und mehrere afrikanische Länder Artikel 19 der WHO-Verfassung als Rechtsgrundlage – und damit Rechtsverbindlichkeit – vorziehen, bevorzugen die USA und einige andere Länder die zwei weniger verbindlichen Alternativen. Möglich ist auch, dass die WHA zwar ein rechtlich verbindliches Instrument (über Artikel 19 oder 21) wählt, dieses allerdings auch unverbindliche Elemente beinhaltet.

²³ Aktuelle Zahlen finden sich [hier](#).

²⁴ Die Beobachtungsstelle für intern Vertriebene (IDMC) erfasste allein vergangenes Jahr 23,7 Mio. Menschen, die aufgrund von Extremwetterereignissen und den Folgen des Klimawandels zu Binnenflüchtlingen wurden.

²⁵ Die aktuellen Zahlen zur finanziellen Situation des UNHCR finden sich [hier](#), zur Ukraine [hier](#).

²⁶ Eine ausführliche Analyse der Ministerkonferenz findet sich in der [Genfer Depesche von Juni 2022](#).

²⁷ Zeitplan und Zielvorgaben des INB [hier](#).

²⁸ Mehr Hintergrundinformationen [hier](#).

Befürworter des Vertrags sehen diesen als angemessenes Instrument, um die Erfahrungen mit der COVID-19-Pandemie um nachhaltige Fortschritte zur Verbesserung der Pandemieprävention zu erzielen. Die Weltgesundheitsversammlung hat sich – auch mit Unterstützung Deutschlands – für einen ehrgeizigen Zeitplan entschieden, um einen ersten Entwurf fertigzustellen und den Rechtsrahmen vor dem 1. August festzulegen. Andere Mitgliedstaaten verweisen auf die Risiken einer raschen Aushandlung eines umfassenden Instruments, das eine breite Palette von Themen abdecken soll – nach Meinung einiger Mitgliedstaaten auch Fragen, die über Pandemien hinausgehen. Gerade Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen sind besonders daran interessiert, dass die Stärkung der Gesundheitssysteme und die Kooperation zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden im Kontext von Gesundheitskrisen in diesem Prozess angemessen verankert werden.

WHO-Notfallkomitee bewertet Anstieg der „Affepocken“

Trotz eines spürbaren Anstiegs der Affenpockeninfektionen, besonders in Europa und Nordamerika, beschloss das WHO-Notfallkomitee auf seiner ersten Sitzung Ende Juni, die „Affenpocken“ noch nicht zu einer internationalen gesundheitlichen Notlage („Public Health Emergency of International Concern“, PHEIC) zu erklären.²⁹

Da jedoch die Zahl der neuen Fälle in der ersten Juliwoche um 77 % gestiegen ist,³⁰ wird dies nicht die letzte Diskussion im Notfallausschuss der WHO gewesen sein. Während die meisten neuen Fälle in Europa und den USA festgestellt wurden, ist auf dem afrikanischen Kontinent – wo die Affenpocken erstmals 1970 festgestellt wurden – kein großer Anstieg der Fälle zu verzeichnen. Das WHO-Regionalbüro für Afrika vermutet jedoch, dass dies auf einen Mangel an Diagnostika zurückzuführen ist. WHO-Generaldirektor Dr. Tedros Adhanom Ghebreyesus plant, den Notfallausschuss in der Woche des 18. Juli erneut einzuberufen, um die Mitgliedstaaten über die aktuelle epidemiolo-

gische Lage und Gegenmaßnahmen zu informieren und den Virus ggf. zu einer internationalen gesundheitlichen Notlage zu erklären. Bereits jetzt arbeitet die WHO mit Ländern und Impfstoffherstellern zusammen, um die gemeinsame Nutzung der derzeit knappen Impfstoffe zu koordinieren.

ITU: Weltkonferenz für Telekommunikationsentwicklung

Vom 6.-16. Juni organisierte die Fernmeldeunion (ITU) die Weltkonferenz für Telekommunikationsentwicklung (World Telecommunication Development Conference, WTDC) in Kigali. Die über 2:000 Delegierten verhandelten dabei die Prioritäten für den Bereich der Telekommunikationsentwicklung für die kommenden zwei Jahre. Die Direktorin des Entwicklungssektors (ITU-D), die US-Amerikanerin Doreen Bogdan-Martin, hat offenbar die Gelegenheit genutzt, um weitere Pluspunkte für ihre Kandidatur als Nachfolge auf den Posten als Generalsekretärin zu sammeln. Gegenkandidat ist der Russe Rashid Ismailov. Nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine galt Ismailov als chancenlos. Zuletzt waren gegensätzliche Einschätzungen zu vernehmen, dass der russische Kandidat bei den afrikanischen Ländern gute Chancen hätte. Die Mehrheit der Beobachter geht jedoch davon aus, dass Bogdan-Martin weiterhin Favoritin ist. Im September werden die wichtigsten Posten der ITU während der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Plenipotentiary Conference) in Rumänien gewählt. Deutschland schickt mit Thomas Zielke einen Kandidaten für den Posten des Direktors für Standardisierung ins Rennen.

Neben der Annahme des Kigali-Aktionsplans³¹ und der darin enthaltenen [Kigali-Erklärung](#), waren noch nennenswert:

- die Austragung des ersten Youth Summits für den Einbezug junger Interessensvertretenden bei der digitalen Transformation,
- die Einrichtung eines neuen Netzwerks zur Förderung von Geschlechtergleichstellung im IKT-Bereich ('Network for Women' NoW),
- die Zusicherung von rund 18 Mrd € öffentlicher und privatwirtschaftlicher Fördermittel

²⁹ Mehr [hier](#).

³⁰ Bericht zu den aktuellen Zahlen [hier](#)..

³¹ Details zum Aktionsplan/Abschlussbericht [hier](#).

für das Partner2Connect Programm zur Erreichung universeller Konnektivität.

Wie bereits während der World Telecommunication Standardization Assembly (WTSA) im März³² erzwang Russland eine Abstimmung zur Besetzung der Arbeitsgruppen. Dennoch gelang es, russische Kandidaten nicht in leitender Funktion von Arbeitsgruppen zuzulassen. Nicht wenige Staaten verweigerten eine Positionierung mit der Begründung, dass die Versammlung technische und keine politischen Fragen lösen solle.

Für Aufregung sorgte der kurzfristig eingereichte Änderungsantrags der chinesischen Regierung für den schnellen Umstieg auf «IPv6+». IPv6+ an sich ist kein technischer Standard. Vielmehr stellt diese Technologie – aufbauend auf dem bestehenden IPv6-Protokoll – Zusatzfunktionen bereit. Gleichzeitig birgt diese Technologie jedoch ähnliche Gefahren für Privatsphäre, technische Mittel für Zensur und Netzwerkschutz; wie der 2019 gestoppte New-IP-Vorschlag.³³ Beide Vorschläge werden dem chinesischen Telekommunikationsanbieter Huawei zugeschrieben. Auch wenn der Änderungsantrag erneut scheiterte, gilt der Antrag bei der WTDC als strategisch kluger Schachzug. Dass eine Umstellung auf IPv6 dringend notwendig ist, steht dabei für alle Beteiligten außer Frage. In Kigali waren insbesondere viele sich entwickelnde Länder an der Konferenz involviert, die noch grosse Lücken bei der Umstellung auf das neuere Internet Protokoll haben. Eine breite Übernahme des neu verpackten New-IP- bzw. als IPv6+ vermarkteten Vorhabens könnte jedoch ein weiterer Schritt für die Erleichterung massiver Onlineüberwachung und Zensur im Netz darstellen.

World Economic Forum – Katerstimmung in Davos

Nach zwei Jahren pandemiebedingter Zwangspause fanden sich Ende Mai hochrangige Vertreterinnen und Vertreter von Politik und Wirtschaft wieder einmal in der Alpenidylle von Davos ein. Doch in diesem Jahr fehlten viele Staatsoberhäupter oder ließen sich nur sehr kurz blicken. Ebenfalls unüblich war, dass die berühmten, meist von

russischen Oligarchen organisierten Empfänge ausfielen. Grund: Auf den Sanktionslisten stehende Russen hätten nicht in das Land einreisen können. Ausserdem hatte das World Economic Forum (WEF) alle Partnerschaften und Finanzierungen aus Russland bereits kurz nach dem Überfall auf die Ukraine aufgekündigt.

Viele der Podiumsdiskussionen drehten sich um den Ukrainekrieg und dessen Folgen. Dabei rankten sich die Gespräche um Fragen der Abwendung einer weltweiten Ernährungskatastrophe, der Exportmöglichkeiten des Getreides aus der Ukraine sowie die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges und der noch nicht gänzlich überwundenen COVID-19-Pandemie.

Anders als in den Jahren zuvor fanden sich ungewöhnlich viele Verfechter von Crypto-Währungen in Davos ein. Die Strukturen der Crypto-Währungen, die sich meist über ihre dezentrale Verwaltung definieren, stehen im scheinbaren Gegensatz zu einer etablierten Instanz wie dem WEF-Gipfel. Der weltweite Trend der Stablecoins machte jedoch auch vor dem WEF nicht halt.

Sicherheit – Kein Kompromiss zu autonomen Waffen in Sicht

Vom 25.-29. Juli trifft sich die Regierungsexpertengruppe für letale autonome Waffensysteme (LAWS) der Unterzeichnerstaaten der Konvention über bestimmte konventionelle Waffen in Genf. Beobachtende befürchten, dass auch diese Runde keinen Durchbruch bringen wird. Wie das Zivilgesellschaftsnetzwerk für die Ächtung von autonomen Waffensystemen, Campaign to Stop Killer Robots, berichtete,³⁴ hat der Krieg in der Ukraine die bereits nur sehr schleppenden Verhandlungen nahezu gänzlich zum Erliegen gebracht. Das letzte Treffen der Expertengruppe wurde von Russland immer wieder blockiert, weshalb die Verhandlungen nur informell weitergeführt werden konnten. Ebenfalls auf Druck Russlands wurden diese informellen Verhandlungen ohne Video-Übertragung geführt, was wiederum zum *de facto* Ausschluss einer Vielzahl von Zivilgesellschaftsorganisationen führte. Mithin wächst das Bestreben nach alterna-

³² Mehr dazu in der Großwetterlage vom [April 2022](#).

³³ Stimmen zum IPv6+ Vorstoss finden Sie [hier](#).

³⁴ Der gesamte Artikel [hier](#).

tiven Plattformen, um eine perspektivische Einigung über einen rechtlich bindenden Mechanismus zu erzielen.

Kommentar

Fast fünf Monate nach dem Beginn der russischen Invasion in die Ukraine zeigt sich ein sehr differenziertes Bild für die Folgen auf die Arbeit der internationalen Foren und Organisationen:

1. **Zunehmende, aber keine komplette Isolation Russlands** in den Genfer Gremien: Russland hat an Renommee und Einfluss in internationalen Foren eingebüßt: Der Ausschluss aus dem Menschenrechtsrat die geplante Verlegung des Moskauer ILO-Büros und die regelmässigen Verurteilungen der russischen Aggression geben davon Zeugnis. Auch in wissenschaftlichen Organisationen wie dem CERN werden bestehende Kooperationsverträge mit Russland (und Belarus) nicht verlängert. Komplette isoliert ist Russland nicht. Eine (wenn auch überschaubare) Anzahl strategischer Verbündete hält auch in Genf weiter zu Moskau, darunter China.
2. Parallel ist unter vielen Mitgliedstaaten eine **wachsende «Ukraine-Müdigkeit»** festzustellen: Die Ukraine kann sich auf ca. 40 Länder, v.a. aus Europa und Nordamerika fest verlassen – jenseits dieses harten Kerns variiert die Unterstützung erheblich: Vor allem Länder aus Afrika und Asien, zunehmend
3. Mehrere hochrangige Konferenzen – sei es die Weltgesundheitsversammlung, die WTO-Ministerkonferenz, die Internationale Arbeitskonferenz – haben verdeutlicht, dass **internationale Organisationen** trotz der erheblichen geopolitischen Spannungen **noch handlungsfähig** sind.
4. Dennoch ist der **Bruch** nach wie vor **unübersehbar**: was sich u.a. auch darin widerspiegelt, dass Russland die Eignung der Schweiz als neutralen Ort für die Sitzungen des syrischen Verfassungskomitees in Frage stellt oder auch im zwischenzeitlichen Veto Russlands für die Verlängerung von Resolution 2585 zur Lieferung humanitärer Hilfe für Syrien.

Ob sich die bestehende Tendenz zu einer stärkeren Nutzung plurilateraler Formate verstetigt, müssen die kommenden Monate zeigen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V

Dr. Olaf Wientzek

Leiter Multilateraler Dialog Genf

Europäische und Internationale Zusammenarbeit

olaf.wientzek@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>)